

Ergebnisprotokoll

über die 15. Sitzung des Haupt- und Planungsausschusses
(VIII. Wahlperiode)
am 30. August 2013

Tagungsort: Sitzungssaal 8 A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 10:05 Uhr **Ende:** 10:35 Uhr

Teilnehmer: Herr Gerhard Herbert,
Vorsitzender des Haupt- und Planungsausschusses

Herr Berg	Herr Horn	Frau Möricke	Frau Simon i.V.
Herr Buschmann	Herr Kasseckert	Herr Rock	Herr Sommer
Herr Fey	Herr Kaufmann i.V.	Frau Dr. Reinhardt	Frau Steiner i.V.
Herr Flößer-Zilz	Herr Koch i.V.	Herr Röttger i.V.	Frau Weyrauch
Herr Gerhards	Herr Krätschmer	Herr Schmidt	Herr Winckler
Herr Götz	Herr Kummer	Herr Schork	
Herr Heuser	Herr Lorenz	Herr Schwarz	

Mitglieder des Präsidiums: Herr Banzer Herr Herkströter
Herr Kündiger
Herr Walther

Fraktionsvorsitzende: Herr Schindler

Fraktionsgeschäftsführer/in: Frau Suffert Herr Gerfelder
Herr Jung

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Regierungspräsident Baron
Herr Stellvertretender Regierungsvizepräsident Richter
Herr Dr. Beck Frau Güss
Herr Krämer Herr Hartz
Frau E. Mahler Herr Ortmüller
Herr Adamek

Schriftführer: Herr Hennig

Tagesordnung:

1. Beschlussfassung über die Aufstellung eines sachlichen Teilplans erneuerbare Energien
hier: Ergänzung der Ausschlusskriterien - **Drs. Nr. VIII / 14.8.2**
2. Beschlussfassung über den Vergleichsvorschlag des Verwaltungsgerichtes Gießen in dem Verwaltungsstreitverfahren Stadt Bad Vilbel/Land Hessen (Segmüller) - **Drs. Nr. VIII / 66.0**
3. Beschlussfassung über die Zustimmung zur Durchführung des Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch (BauGB) für die Stadt Bad Vilbel (Segmüller) (Drucksache Nr. III-114 der Verbandskammer des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain)
Drs. Nr. VIII / 56.0
4. Bericht: Kompensation Regionale Grünzüge - **Drs. Nr. VIII / 55.2**
5. Regionales Einzelhandelskonzept;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 6. August 2013 - **Drs. Nr. VIII / 67.0**
6. Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende des Haupt- und Planungsausschusses, **Herr Gerhard Herbert**, begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Regierungspräsidenten Baron, Herrn stellvertretenden Regierungsvizepräsidenten Richter sowie die Mitarbeiter der oberen Landesplanungsbehörde. Er stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist. Dann fragte er nach Änderungswünschen zur Tagesordnung.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN), teilte mit, dass er einen informell bereits bekannten gemeinsamen Antrag von SPD und DIE GRÜNEN zur **Beschlussdrucksache VIII / 54.1** (Beschluss des HPA vom 21.06.2013 zur Drs. Nr. VIII 54.0) als Eilvorlage einbringen wolle und bittet, diesen auf die heutige Tagesordnung zu nehmen.

Herr Schindler (SPD) beantragt für die Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, die Tagesordnungspunkte 2 und 3 heute nicht zu behandeln, da noch Beratungsbedarf besteht.

Herr Rock (FDP) sieht kein Problem, diese Punkte zu verschieben, da er ebenfalls noch Beratungsbedarf sieht. Zum gemeinsamen Antrag von SPD und DIE GRÜNEN schlägt er vor, diesen lediglich zu beraten und nicht darüber abzustimmen. Außerdem fragt er, ob es seitens der Verwaltung neue Informationen gibt.

Herr Herbert stellte fest, dass es keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung gibt und ließ über den Antrag von Herrn Kaufmann abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss beschließt einstimmig, den gemeinsamen Antrag von SPD und DIE GRÜNEN zum Beschluss des Haupt- und

Planungsausschusses - **Drs. Nr. VIII / 54.1** auf die heutige Tagesordnung zu nehmen (neuer TOP 6).

Zu Tagesordnungspunkt 2 stellte **Herr Baron** klar, dass hier ein aktiver Beschluss der Regionalversammlung erforderlich sei. Durch „Liegenlassen“ würde die Regelung des gerichtlichen Vergleichs wirksam werden. Dieser muss zurückgewiesen werden, wenn man nicht mit ihm einverstanden ist. Frist hierfür sei der 30. November.

Herr Rock (FDP) stellte klar, dass er die Tagesordnungspunkte 2 und 3 auf der Tagesordnung belassen möchte, um heute ohne Abstimmung darüber zu diskutieren und die Verwaltung nach aktuellen Informationen zum Sachverhalt zu fragen.

Herr Herbert teilte mit, dass es nach Auskunft von Herrn Baron hierzu nichts Neues gibt, was die Situation verändert hätte.

Er stellte fest, dass die Vorlagen zu den Tagesordnungspunkten 2 und 3 aufgrund des vorhandenen Beratungsbedarfes in den Fraktionen heute nicht beschlussfähig seien und dass **Konsens** darüber bestehe, **die Punkte von der Tagesordnung zu nehmen**.

Zu TOP 1: Beschlussfassung über die Aufstellung eines sachlichen Teilplans erneuerbare Energien

hier: Ergänzung der Ausschlusskriterien - **Drs. Nr. VIII / 14.8.2**

Herr Herbert weist darauf hin, dass zu diesem TOP auch der von der Geschäftsstelle verteilte gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN - **Drs. Nr. VIII / 14.12.0** gehört.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) erläuterte, dass im gestrigen Ausschuss für Umwelt, Energie und Klima (UEK) die Vorlagen intensiv diskutiert wurden und schlägt vor, entsprechend des Ergebnisses des UEK zu votieren, da hierzu breiter Konsens bestand.

Herr Kasseckert (CDU) ergänzte, dass seine Partei gestern zu den Ziffern 3 und 4 der Drucksache VIII / 14.12.0 noch kein Votum abgegeben habe, aber heute dem Antrag in Gänze zustimmen könne.

Danach stellte der Vorsitzende **Herr Herbert** die Drucksachen **VIII / 14.12.0** und **VIII / 14.8.2** zur Abstimmung

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 14.12.0** mit den vom UEK beschlossenen Ergänzungen einstimmig zu.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt der **Drs. Nr. VIII / 14.8.2** einstimmig zu.

Zu TOP 4: Bericht: Kompensation Regionale Grünzüge - **Drs. Nr. VIII / 55.2**

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) bedankte sich für den vorgelegten Bericht. Er sieht diesen als einen ersten Schritt. Jetzt wisse man, an welchen Stellen Probleme aufgetaucht seien, aber die Lösungen seien noch im Gange. Daher sollte man diesen Bericht als

„Zwischenbericht“ ansehen. Wenn Ergebnisse erzielt werden, sollten diese bei nächster Gelegenheit berichtet werden.

Herr **Baron** erklärte, dass pro Jahr eine zweimalige Berichterstattung vorgesehen sei, und dann entsprechend die Ergebnisse nachholend dargestellt werden.

Herr Herbert stellte fest, dass dieser **Bericht - Drs. Nr. VIII / 55.2 - zur Kenntnis genommen**wurde.

Zu TOP 5: Regionales Einzelhandelskonzept;
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 6. August 2013 - **Drs. Nr. VIII / 67.0**

Herr Herbert erläutert, dass zu TOP 5 auch der von der Geschäftsstelle verteilte gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN - **Drs. Nr. VIII / 67.1** gehört.

Herr Röttger (CDU) verweist auf die stattgefundene Diskussion im Ausschuss Wirtschaft und Verkehr, in der es gelungen sei, die beiden Anträge zu harmonisieren. Es wurde mit kleinen Ergänzungen der Drucksache VIII / 67.1 Einigkeit erzielt. Darüber hinaus sieht er keinen weiteren Diskussionsbedarf.

Herr Baron erläuterte, dass er davon ausgeht, dass für die Evaluierung des Einzelhandelskonzeptes kein externes Gutachten zu vergeben ist, sondern dass seine Behörde diese Aufgabe zunächst mit eigenen Mitteln übernimmt.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) bestätigt dies und ergänzt, dass es zunächst lediglich um eine Leistungsbeschreibung bzw. die Kriterien geht. Danach ist zu entscheiden, mit welchen Mitteln weiter zu arbeiten bzw. ob eine Fremdvergabe erforderlich ist. Zunächst soll die Basis geschaffen werden, um den weiteren Weg zu entscheiden.

Danach stellte der Vorsitzende **Herr Herbert** die Drucksachen **Drs. Nr. VIII / 67.0 und Drs. Nr. VIII / 67.1** mit den im Ausschuss Wirtschaft und Verkehr beschlossenen Ergänzungen zur Abstimmung:

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt den Drucksachen **Drs. Nr. VIII / 67.0 und Drs. Nr. VIII / 67.1** mit den im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr beschlossenen Ergänzungen einstimmig zu.

Zu neuer TOP 6: gemeinsamer Antrag von SPD und DIE GRÜNEN zu **Drs. Nr. VIII / 54.1**

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) erläuterte den Antrag. Darin gehe es um den Beschluss (Drs. Nr. VIII / 54.1) zur 1. Änderung des Regionalplans Südhessen/Regionalen Flächennutzungsplans 2010 für die Stadt Schwalbach am Taunus, Gebiet: "Internationale Schule". In der Sitzung des HPA am 21. Juni 2013 habe der HPA der Durchführung eines

Planänderungsverfahrens nach Baugesetzbuch zugestimmt, weil man der Auffassung war, dass ein reines nach Baugesetzbuch laufendes Verfahren ausreichend sei.

Nach Kenntnis der Unterlagen für dieses Verfahren habe man festgestellt, dass für einen wesentlichen Punkt noch Klärungsbedarf bestehe. Die betreffende Stelle zur Planänderung ist im Regionalplan/Regionalen Flächennutzungsplan nämlich als „Wald“ dargestellt. Tatsächlich ist dort der Wald aber z. T. nicht mehr vorhanden.

Er gehe davon aus, dass die Forstbehörde dafür zu sorgen habe, dass für den Wald, der planerisch vorhanden sein sollte, Ersatz geschaffen wird, wenn diese Fläche auch planerisch nicht mehr als Wald vorgesehen sein sollten.

In der Vorlage sei aber festgehalten, dass die Forstbehörde die Darstellung im Plan als „Fehler“ ansehe und daher diese Änderung in "Sonderbaufläche, Bestand - Schulungs- und Bildungseinrichtung" ersatzlos möglich sei.

Hier halte seine Fraktion eine grundsätzliche Entscheidung für erforderlich, nämlich dass vom gültigen Plan auszugehen ist, und nicht von dem, was tatsächlich vor Ort vorhanden ist. Das bedeute, dass für eine solche Änderung ein Abweichungsverfahren nötig sei. Um dies in dem bereits laufenden Verfahren nachzuholen, werde der gemeinsame Antrag gestellt.

Herr Hartz erklärte dazu, dass das Regierungspräsidium gemeinsam mit dem Regionalverband und der Stadt Schwalbach die Gestaltung des Verfahrens besprechen und festlegen wird, welche Unterlagen dazu erforderlich sind.

Um das Verfahren nicht zu verzögern äußerte **Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN)** den Wunsch, dass der Ausschuss heute die Verfahrensentscheidung trifft.

Herr Kasseckert (CDU) bestätigt die Plausibilität der Aussagen von Herrn Kaufmann und fragt die Verwaltung, ob sie bestätigt, dass ein solches Abweichungsverfahren einzuleiten ist, oder ob man auch ohne Abweichungsverfahren das Baugesetzbuchverfahren abwickeln könne.

Herr Hartz bat ihm die Beantwortung der Frage zu erlassen und hielt fest, dass die Verwaltung wie zuvor beschrieben vorgehen wird.

Dann ließ **Herr Herbert** über den gemeinsamen Antrag von den Fraktionen der SPD und Die Grünen zu Drs. Nr. VIII / 54.1 abstimmen.

Beschluss: Der Haupt- und Planungsausschuss stimmt dem gemeinsamen Antrag von den Fraktionen der SPD und Die Grünen zu **Drs. Nr. VIII / 54.1** bei zwei Gegenstimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich zu.

Zu TOP 7: Mitteilungen und Anfragen

Herr Baron teilte mit:

a) Mit Datum vom 15.08.2013 wurde die Südosterweiterung des Sand- und Kiestagebaus „Langener Waldsee“ in einem Umfang von 63,7 ha der beantragten 82,7 ha planfestgestellt. Abgelehnt wurde das Vorhaben im Bereich der Waldabteilung 37 und der Altholzinsel der südlichen Waldabteilung 24.

Der Planfeststellungsbeschluss ist komplett auf der Homepage des RP Darmstadt eingestellt. Im September erfolgt die öffentliche Auslegung für zwei Wochen. Sie erfolgt in Mörfelden-Walldorf, Dreieich, Neu-Isenburg, Langen und Egelsbach. Mit Ende der Auslegung beginnt die einmonatige Klagefrist.

b) Opel Testgelände bei Dudenhofen: Die Adam Opel AG plant auf einer Fläche von 10,5 ha eine neue Teststrecke, die sogenannte „lange Gerade“ mit Schleuderplatte zu bauen. Ein konkreter Antrag ist im Regierungspräsidium noch nicht eingegangen, wird aber erwartet.

Frau Dr. Reinhard (DIE GRÜNEN) fragt, ob die 8,5 ha umfassende Planung von Hessen Mobil zur Rastanlage Wetterau Ost an der BAB 5 bereits im Regierungspräsidium bekannt sei.

Herr Baron teilte mit, dass hierzu im Regierungspräsidium noch kein Antrag vorliege.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) teilt zu den von Herrn Baron vorgetragene Punkten mit, dass er davon ausgeht, dass das Verfahren zur Änderung des Regionalplans / Regionalen Flächennutzungsplanes im Bereich der Stadt Langen unabhängig von dem Planfeststellungsbeschluss zum „Langener Waldsee“ zu Ende geführt wird. Da die Mehrheit der Regionalversammlung eine andere Meinung zu dem Projekt hat, sei zu gegebener Zeit zu prüfen, ob bzw. wie rechtlich damit umzugehen sei.

Zum Thema Opel Testgelände in Dudenhofen gehe er davon aus, dass dort wohl ein Abweichungsverfahren auf die Regionalversammlung zukomme.

Herr Baron bestätigt diese Einschätzung, betont aber, dass derzeit noch kein Antrag vorliegt.

Herr Kummer (SPD) fragte nach, ob sich bei einer möglichen Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses zur Südosterweiterung des Sand- und Kiestagebaus „Langener Waldsee“ negative Auswirkungen auf das laufende Planänderungsverfahren ergeben können.

Herr Baron bejaht dies. Wenn die beabsichtigte Planänderung aufgrund eines genehmigten Abbaus nicht mehr mit der Realität übereinstimme, könne das Wirtschaftsministerium die Änderung nicht genehmigen.

Herr Kummer (SPD) merkte an, dass sich die Regionalversammlung dann Gedanken machen müsse, ob sie das so geschehen lassen dürfe.

Herr Kaufmann (DIE GRÜNEN) verweist auf die zu erwartenden Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss. Er gehe davon aus, dass die Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses nicht so rasch eintreten werde. Da keine weiteren

Wortmeldungen vorlagen, beendete **Herr Herbert** diesen Tagesordnungspunkt und erteilte Herrn Hartz das Wort, der heute zum letzten Mal an einer HPA-Sitzung teilnimmt.

Herr Hartz verabschiedet sich mit dem heutigen letzten Tag seiner aktiven Dienstzeit von den Anwesenden. Er bedankt sich für die Zusammenarbeit, und für das ihm und seinem Haus entgegengebrachte Vertrauen. Er bittet, dieses Vertrauen auch weiterhin der Behörde und seinem Nachfolger bzw. Nachfolgerin entgegenzubringen und wünscht den Anwesenden alles Gute.

Herr Herkströter würdigte die über 30-jährige, von hohem Sachverstand und fachlicher Kompetenz geprägte Tätigkeit von Herrn Hartz in der Regionalplanung und dankte für die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit der Regionalversammlung. Er sei stets fähig und willens gewesen, Lösungen zu finden und habe die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen politischen Mehrheiten in der Regionalversammlung gut gemeistert. Für seinen (Un)Ruhestand wünschte er Herrn Hartz alles Gute, vor allem eine gute und stabile Gesundheit.

Der **Vorsitzende Herr Herbert** bedankt sich ebenfalls herzlich und wünscht Herrn Hartz alles Gute.

Damit schloss **Herr Herbert** die Sitzung um 10:35 Uhr.

Vorsitzender des HPA



Gerhard Herbert

Schriftführer

gez.: Udo Hennig